

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	51. Plenarsitzung Gemeinderat
CDU-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion	Termin:	10.06.2008
vom: 28.04.2008	Vorlage Nr.:	1424
eingegangen: 29.04.2008	TOP:	21
	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 3
Ausgabenpauschale für Rentennachweise für Grundsicherungsempfänger		

Die Stadt Karlsruhe gewährt ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die im Bezug von Leistungen zur Grundsicherung nach dem SGB XII stehen, zur Abgeltung der Kosten des Nachweises eines ausländischen Rentenbezugs eine monatliche Pauschale in Höhe von 10,00 €.

In der Vergangenheit wurden bei der Bemessung dieser Pauschale die mit der Erhebung des Nachweises entstandenen Aufwendungen der Leistungsbezieher (z. B. die Kosten für eine Lebensbescheinigung) zu Grunde gelegt. Beim Sozialamt der Stadt Karlsruhe entspricht es der gängigen Praxis, dass die fremdländischen Renteneinkommen aus den ehemaligen Staaten der Sowjetunion in der Regel einmal im Jahr oder bei Änderungen der Zahlungsbeträge durch Vorlage von Kontoauszügen oder amtlichen Bescheinigungen belegt werden müssen. Die Anrechnung dieser Renten erfolgt nur in Höhe des tatsächlichen Zahlungsbetrages und nach Abzug der Pauschale von 10,00 €. Darüber hinausgehende Aufwendungen der Grundsicherungsempfängerinnen und Grundsicherungsempfänger, die im Zusammenhang des Rentennachweises stehen und durch die Pauschale nicht abgedeckt werden können, werden vom hiesigen Sozialamt selbstverständlich erstattet.

In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 23.07.2008 wird eine dem Antrag entsprechende Beschlussvorlage eingebracht werden.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Ergänzende Erläuterungen:					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		